

| Council of European Municipalities and Regions
| Conseil des Communes et Régions d'Europe
| Συμβούλιο των Ευρωπαϊκ Δήμων και περιφερειών
| Consejo de municipios y regiones de europa
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
| Raad der Europese gemeenten en regio's
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum

Juni 2020/Ger

Unser Zeichen

81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-315

Telefax +49 221 3771-7315

E-Mail

mascha.gerwin@staedtetag.de

Bearbeitet von

Mascha Gerwin

RGRE- Infobrief 03/2020

Infobrief

für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.

Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln | Telefon +49 221 3771-0 Telefax +49 221 3771-128
Durchwahl +49 221 3771-310 und +49 221 3771-188
Internet: www.rgre.de | Mail: post@rgre.de

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn Konto 30 212 153 (BLZ 370 501 98) | IBAN: DE15 3705 0198 0030 2121 53 SWIFT-BIC: COLSDE33

Inhaltsverzeichnis

I. Deutsche Sektion des RGRE.....	3
Führungsspitze des RGRE wieder komplett	3
Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Zeit von COVID-19	3
II. Ausschuss der Regionen.....	3
Umfrage zu den Auswirkungen von Covid-19 auf Regionen und Städte	3
III. Europäischer RGRE (CEMR)	4
Offener Brief des CEMR an die kommunalen Mandatsträger/-innen in Polen	4
IV. Europäische Union.....	4
Motto, Logo und Internetseite zur deutschen Ratspräsidentschaft.....	4
Europäische Kommission passt ihr Arbeitsprogramm für 2020 an.....	5
„Next Generation EU“: Vorschlag für ein europäisches Aufbauprogramm	5
Aufstockung der Kohäsionsprogramme durch die Initiative „REACT-EU“	6
EU-Kommission schlägt neues Gesundheitsprogramm „EU4Health“ vor.....	6
V. Konsultationen	6
Konsultation zum neuen EU-Gesetz für digitale Dienste und Online-Plattformen.....	6
VI. Veröffentlichungen.....	7
Studie des Europäischen Parlaments zum Fonds für den gerechten Übergang.....	7
Zwei Publikationen zu den Auswirkungen den Corona-Pandemie	7
Zeitschriftenspiegel	8
VII. Partnerschaftsarbeit	10
Partnerschaftsgesuche.....	10
...aus Ghana: Oforikrom	10
...aus Ghana: Upper Denkyira East	11
...aus Griechenland: Paranesti.....	11
...aus Griechenland: Pangaio	12
VIII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges	12
Kommunalpolitischer Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2021.....	12
„Barrierefreie Städte“: EU-Kommission startet neue Bewerbungsrunde.....	13
Europapreis 2020 des Landes Rheinland-Pfalz	13
Verunglimpfen von EU-Symbolen in Deutschland künftig strafbar	13

I. Deutsche Sektion des RGRE

Führungsspitze des RGRE wieder komplett

Nach dem Ausscheiden von Landrat Georg Huber und Landrat Dr. Rainer Haas ist die Führungsspitze der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wieder komplett. Das Präsidium des Verbandes wählte den Landrat des Landkreises Karlsruhe, Dr. Christoph Schnaudigel, einstimmig zum Ersten Vizepräsidenten und die Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Schweich, Christiane Horsch, zur neuen Vizepräsidentin.

Dr. Christoph Schnaudigel tritt die Nachfolge von Georg Huber an, der bei der Kommunalwahl in Bayern Mitte März 2020 nicht mehr als Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn kandidierte. Bürgermeisterin Christiane Horsch folgt auf den ehemaligen Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Dr. Rainer Haas, der Anfang des Jahres in den Ruhestand getreten war.

Der Präsident der Deutschen Sektion des RGRE und Oberbürgermeister von Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, begrüßt die Wahl von Landrat Dr. Schnaudigel und Bürgermeisterin Horsch. Beide seien in den Gremien des Verbandes aktiv und seit Anfang des Jahres auch in der Führung des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) vertreten: Landrat Dr. Schnaudigel als einer von zwei Co-Präsidenten und Bürgermeisterin Horsch als eine von zwölf Vizepräsidenten des CEMR. (bb)

Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Zeit von COVID-19

Das Coronavirus hat die ganze Welt im Griff und stellt auch die deutsch-französischen Beziehungen vor neue Herausforderungen. Nach Aussagen unter anderem von Frankreichs Präsident Emanuel Macron haben sich die deutsch-französischen Beziehungen tendenziell verschlechtert. So kam es in den vergangenen Wochen und Monaten an der deutsch-französischen Grenze zu Vorfällen, die die ansonsten guten Beziehungen belastet haben.

Der Deutsch-Französische Ausschuss in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat darauf reagiert und Beispiele gesammelt, bei denen Deutschland und Frankreich in der aktuellen Krise gut zusammengearbeitet haben. Die daraus entstandene Präsentation zeigt eindrucksvoll, dass Solidarität und Hilfe nicht vor Grenzen Halt macht und die deutsch-französischen Beziehungen vor allem auf kommunaler Ebene weiterhin funktionieren. (bb)

[Präsentation zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Zeit von Covid-19](#)

II. Ausschuss der Regionen

Umfrage zu den Auswirkungen von Covid-19 auf Regionen und Städte

Der Europäische Ausschuss der Regionen und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führen eine Umfrage zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Regionen und Städte durch. Die Umfrage soll ein Bild davon vermitteln, wie sich der umfassende Lockdown vor Ort ausgewirkt hat, welche Maßnahmen die Behörden auf lokaler und regionaler Ebene als Reaktion darauf

ergriffen haben und wie wirksam diese Maßnahmen sind. Konkret geht es um die Auswirkungen auf die Regierungsführung, auf die Wirtschaft und auf die Finanzen der subnationalen staatlichen Ebenen.

Die Ergebnisse der Umfrage sollen in einem gemeinsamen Kurzbericht von AdR und OECD veröffentlicht werden, der allen Umfrageteilnehmern übermittelt wird. Sie sollen auch in die Arbeiten der OECD zu den territorialen Auswirkungen der Krise und in die Monitoringtätigkeiten und die politischen Aktivitäten des AdR einfließen.

Die Beantwortung soll etwa 10 Minuten dauern, die Frist zur Beantwortung endet am **30. Juni 2020**. Die Umfrage steht in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung.

Link zur Umfrage: <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2020CovidImpactLRAs>

III. Europäischer RGRE (CEMR)

Offener Brief des CEMR an die kommunalen Mandatsträger/-innen in Polen

Der europäische Dachverband Council of European Municipalities and Regions (CEMR) hat sich anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie am 17. Mai 2020 in einem offenen Brief an die kommunalen Mandatsträgerinnen und -träger in Polen gewendet, um auf die Situation von Schwulen und Lesben aufmerksam zu machen. Der CEMR lädt die Städte, Gemeinden und Landkreise zur Unterzeichnung des Briefs ein. Eine Liste der Unterzeichnerkommunen soll auf der Webseite des CEMR veröffentlicht und laufend aktualisiert werden.

Weitere Informationen zum offenen Brief finden Sie unter <https://charter-equality.eu/news/europes-local-and-regional-governments-defend-human-rights-on-international-day-against-homophobia-biphobia-and-transphobia-2020.html>.

IV. Europäische Union

Motto, Logo und Internetseite zur deutschen Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2020 wird Deutschland für ein halbes Jahr die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernehmen. Regierungssprecher Steffen Seibert hat Ende Mai 2020 das Motto, das Logo und die Internetseite zur Ratspräsidentschaft vorgestellt. Dabei nimmt das Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ die gewaltigen Herausforderungen in den Blick, vor denen die Europäische Union angesichts der Corona-Pandemie steht.

Als Logo für die Präsidentschaft wurde ein Möbiusband gewählt, das nur eine Seite und eine Kante hat. Es soll Einigkeit und Verbundenheit in Europa symbolisieren. „Bei der deutschen Ratspräsidentschaft wird es darum gehen, Kompromisse und Lösungen zu finden, um gemeinsam und zukunftsgerichtet die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie zu bewältigen“, betonte Seibert. Deutschland werde sich dafür einsetzen, dass Europa gestärkt aus dieser Krise hervorgeht.

Die Bundesregierung schaltete außerdem die offizielle Seite im Internet für die Ratspräsidentschaft frei.

Ab dem 1. Juli wird sie dort über Themen, Programm, Veranstaltungen und aktuelle Nachrichten zum deutschen Vorsitz berichten. Die Seite ist auf Deutsch, Englisch und Französisch verfügbar. Über ein Übersetzungstool werden die Inhalte maschinell in alle 24 EU-Sprachen übersetzbar sein. (bb)

Internetseite der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: www.eu2020.de

Europäische Kommission passt ihr Arbeitsprogramm für 2020 an

Angesichts der aktuellen Corona-Krise hat die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 überarbeitet. Als Reaktion auf die Pandemie wurden viele Maßnahmen erlassen, die im im Januar vorgestellten Programm nicht vorgesehen waren. Dazu zählt beispielsweise die Vorstellung des Aufbauprogramms Next Generation EU. Einige Vorhaben, wie beispielsweise das Europäische Klimagesetz und der Fonds für einen gerechten Übergang, werden dagegen auf die zweite Jahreshälfte 2020 verschoben.

Einen Überblick über die zeitlichen Anpassungen bietet das Factsheet: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp-2020-adjusted-factsheet_de.pdf.

Die Mitteilung der Kommission zum angepassten Arbeitsprogramm finden Sie hier: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:f1ebd6bf-a0d3-11ea-9d2d-01aa75ed71a1.0010.02/DOC_1&format=PDF

„Next Generation EU“: Vorschlag für ein europäisches Aufbauprogramm

Die EU-Kommission hat am 27. Mai 2020 ihre Pläne für ein Aufbauprogramm „Next Generation EU“ sowie einen überarbeiteten Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 der Europäischen Union vorgelegt. Das mit 750 Mrd. Euro ausgestattete Instrument „Next Generation EU“ und gezielte Verstärkungen des langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 sollen die finanzielle Schlagkraft des EU-Haushalts auf insgesamt 1,85 Billionen Euro erhöhen.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel aus „Next Generation EU“ werden im Wege von EU-Programmen verteilt und über einen langen Zeitraum aus künftigen EU-Haushalten zurückgezahlt – frühestens 2028 und spätestens 2058. Um dies zu erreichen, schlägt die Kommission eine Reihe neuer Eigenmittel vor. Außerdem schlägt die Kommission vor, den aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zu ändern, damit bereits 2020 zusätzliche 11,5 Mrd. Euro verfügbar sind.

Die für „Next Generation EU“ mobilisierten Mittel werden über drei Säulen verteilt: Die Mitgliedstaaten sollen bei Investitionen und Reformen unterstützt werden (zum Beispiel durch „REACT-EU“, s.u.), die europäische Wirtschaft soll durch Anreize für private Investitionen angekurbelt werden und verschiedene Lehren aus der Krise sollen umgesetzt werden, wie zum Beispiel durch das neue Gesundheitsprogramm „EU4Health“ (s.u.).

Notwendig wurde dieser neue Vorschlag für den MFR 2021-2027 zum einen, weil die Mitgliedstaaten im Rat und das Europäische Parlament sich nicht über den ursprünglichen Vorschlag, der vor zwei Jahren von der EU-Kommission vorgelegt worden ist, einigen konnten. Zum anderen adressiert die EU-Kommission mit ihrem neuen Vorschlag auch die aufgrund der COVID-19-Pandemie notwendig gewordenen Konjunkturprogramme.

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Aufstockung der Kohäsionsprogramme durch die Initiative „REACT-EU“

Die Europäische Kommission will die laufenden EU-Kohäsionsprogramme 2014-2020 um 55 Mrd. Euro aufstocken und die Zuweisungen zwei Jahre länger als geplant zu Verfügung stellen – also bis 2022. Ziel ist es, als Reaktion auf die Corona-Krise die Lücke zwischen den ersten Krisenmaßnahmen und der längerfristigen Erholung zu schließen. Die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten und Regionen sollen Unterstützung bekommen. Dies soll im Rahmen der neuen Initiative „REACT-EU“ geschehen. Sie ist Teil des vorgeschlagenen Aufbauplans „Next Generation EU“. Die Mittel sollen je nach Schwere der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise und unter Berücksichtigung der Jugendarbeitslosigkeit und des relativen Wohlstands zugewiesen werden.

Auch die Vorschläge für die zukünftige Kohäsionspolitik will die Kommission anpassen. Beispielsweise soll es Investitionen in die Widerstandsfähigkeit der nationalen Gesundheitssysteme, in Sektoren wie Tourismus und Kultur, in die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, in Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung, Bildung und Qualifikation sowie in Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut geben. Außerdem soll der Fonds für einen gerechten Übergang nach dem Vorschlag der Kommission um bis zu 40 Mrd. Euro aufgestockt werden. Damit soll die soziale Gerechtigkeit beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft in den schwächsten Kohle- und kohlenstoffintensiven Regionen gewährleistet werden.

EU-Kommission schlägt neues Gesundheitsprogramm „EU4Health“ vor

Als Lehre aus der aktuellen Corona-Krise möchte die Europäische Kommission ein neues Gesundheitsprogramm namens „EU4Health“ auf den Weg bringen. Mit einem Etat von 9,4 Milliarden Euro soll es in den Jahren 2021 bis 2027 einen besseren Schutz vor grenzübergreifenden Gesundheitsgefahren sowie die Verfügbarkeit von bezahlbaren Medikamenten und medizinischer Ausrüstung sicherstellen und die Gesundheitssysteme in der EU stärken. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union müssen dem Vorschlag noch zustimmen.

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20200528-eu-gesundheitsprogramm_de

V. Konsultationen

Konsultation zum neuen EU-Gesetz für digitale Dienste und Online-Plattformen

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Modernisierung der EU-Gesetzgebung für digitale Dienste und Online-Plattformen gestartet. Sie bittet Bürgerinnen und Bürger, Online-Plattformen, Unternehmen, Behörden, NRO sowie wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Kreise und alle Interessenträger, ihre Beiträge zu dem geplanten Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) einzureichen. Da der aktuelle Rechtsrahmen bereits zwanzig Jahre alt ist, ist eine Modernisierung notwendig, die Antworten auf die mittlerweile drängenden Fragen zur Rolle und Verantwortung insbesondere der größten Online-Plattformen gibt. Gegenstand der Konsultation sind die beiden von der [Kommission im Februar 2020 angekündigten Aktionsbereiche](#), die Teil des Legislativpakets über digitale Dienste sind.

Die erste Regelung betrifft insbesondere die Freiheit, im gesamten EU-Binnenmarkt digitale Dienstleistungen zu erbringen im Einklang mit den Vorschriften über den Ort der Niederlassung, und eine umfassende Beschränkung der Haftung für von Nutzern erstellte Inhalte. Die zweite Maßnahme betrifft die Frage der

gleichen Wettbewerbsbedingungen in den europäischen digitalen Märkten, auf denen zurzeit einige wenige große Online-Plattformen als „Torwächter“ agieren. Die Kommission wird Vorschriften prüfen, die diese Ungleichgewichte auf den Märkten beheben würden.

Die Konsultationsteilnehmer werden gebeten, ihre Antworten **bis spätestens 8. September 2020** zu übermitteln. Die Ergebnisse der Konsultation fließen bei der Ausarbeitung der Kommissionsvorschläge für das Legislativpaket über digitale Dienste, das voraussichtlich Ende des Jahres vorgelegt wird, mit ein. Der Fragebogen wurde bereits auf Englisch veröffentlicht, die Übersetzung in alle Amtssprachen folgt in Kürze. Antworten können in allen Amtssprachen der EU eingereicht werden. Eine Registrierung ist erforderlich.

[Link zur öffentlichen Konsultation über das Gesetz über digitale Dienste](#)

VI. Veröffentlichungen

Studie des Europäischen Parlaments zum Fonds für den gerechten Übergang

Vor dem Hintergrund des im Januar von der Kommission präsentierten Vorschlags für einen Mechanismus für einen gerechten Übergang hat der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments eine Studie in Auftrag gegeben. Dabei stand die Frage im Vordergrund, wie der EU-Haushalt den notwendigen Übergang von fossilen Brennstoffen zu nachhaltiger Energie am besten unterstützen kann. Die Autoren der Studie analysierten, wie die EU einen „gerechten Übergang“ in allen ihren Gebieten und für alle ihre Bürger am besten gewährleisten kann. Sie bieten einen Überblick und eine kritische Bewertung des Vorschlags der Kommission und schlagen mögliche Änderungen vor, die auf bewährten Verfahren aus anderen Initiativen für einen gerechten Übergang beruhen.

Die Studie finden Sie in englischer Sprache unter [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/651444/IPOL_STU\(2020\)651444_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/651444/IPOL_STU(2020)651444_EN.pdf).

Zwei Publikationen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie

Vor dem Hintergrund der weltweiten Corona-Pandemie hat das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH im April ein Diskussionspapier mit dem Titel „Näher“ – „Öffentlicher“ – „Agiler“: Eckpfeiler einer resilienten „Post-Corona-Stadt“ herausgegeben. Autoren sind Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Dr. Carolin Baedeker, Anja Bierwirth, Dr. Anne Caplan und Hans Haake. Das Papier finden Sie online unter <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Post-Corona-Stadt.pdf>.

Zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Weltwirtschaft hat das Global Policy Forum Europe e.V., ebenfalls im April, ein Briefing veröffentlicht. Es trägt den Titel „Die globale Coronakrise: Weltwirtschaftliche Auswirkungen und internationale Reaktionen – ein Update“. Autoren sind hier Bodo Ellmers und Jens Martens. Sie finden die Publikation online unter https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_Corona_Weltwirtschaft-Update.pdf.

Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 30-31		Auszeichnung für die aktivste deutsch-amerikanische Städtepartnerschaft: Partnerschaftspreis für die Freiburg-Madison-Gesellschaft
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 25-26	Baltsch, Barbara	Apostolos Tzitzikostas ist neuer Präsident: Neue Mandatsperiode des Europäischen Ausschusses der Regionen
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 4-5	Baltsch, Barbara	Große Pläne in schwierigen Zeiten: Der „European Green Deal“ der Europäischen Kommission
KAS- Auslandsinformationen	36. 2020, H. 1, S. 29-39	Bohnet, Henri Giscard	Digitale Demokratie in der Praxis: Wie Griechenland mit Europa gleichziehen will
Deutsches Verwaltungs- blatt	135. 2020, H. 4, S. 237-244	Brauneck, Jens	Das Spitzenkandidatenprinzip im Spannungsfeld zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat
Europarecht	55. 2020, H. 1, S. 61-88	Danwitz, Luc von	Der Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten der EU: Eine wertebasierte Garantie der Einheit und Wirksamkeit des Unionsrechts
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 36-37	Drees, Sabine	Partnerschaften mit Kommunen in Frankreich und Afrika: Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Krefeld
Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 22-24	Drees, Sabine	Internationale Zusammenarbeit in Zeiten von Corona: Gute Zeiten, schlechte Zeiten für kommunale Partnerschaften?
Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 25-27	Fischer, Sigmar im Interview mit Bonadiman, Silvia	Interview zur Digitalisierung in der Städtepartnerschaftsarbeit: Ein Gewinn für Kommunen und Vereine

Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	100. 2020, H. 3, S. 97-102	Gatermann, Dörthe	Die EU-Vereinbarkeitsrichtlinie: Europa-weite Mindeststandards für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 38-39	Gerwin, Mascha	Junge lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger: Arbeitskreis diskutierte jugendrelevante Themen
Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 38-40	Gerwin, Mascha	Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten in Saarbrücken: Ratspräsidentschaft bot viel Gesprächsstoff
Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 10-13	Himpele, Klemens; Hassler, Wolfgang	Digitale Dienste in der Europäischen Union aus kommunaler Sicht: Klare Regeln für die Plattformwirtschaft schaffen
KAS-Auslandsinformationen	36. 2020, H. 1, S. 6-17	Hochschild, Fabrizio	Digitale Zusammenarbeit: Eine Chance für nachhaltige Entwicklung
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 12-16	Huber, Georg J.	Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung: Der „European Green Deal“ und seine nachhaltige Finanzierung
Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 3-4	Janßen, Frauke	Digitalisierungsschub durch Corona: Das Möglichkeitsfenster für die Zukunft nutzen
Deutsches Verwaltungsblatt	135. 2020, H6, S. 404-409	Knauff, Matthias	Die europäische Bürgerinitiative im Wandel
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 17-19	Lange, Bernd	Ein erster Schritt in die richtige Richtung: Der Fonds für einen gerechten Übergang als Teil des „Green Deal“
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 17-19	Nutzenberger, Klaus M.	Erfolgreiche Rückschau und Blick in die Zukunft: Deutsch-französischer Ausschuss beim Bezirk Schwaben
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 30-31	Pischnick, Friederike	Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2020: Eine ambitionierte Agenda in bewegten Zeiten

Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 5-9	Sagstetter, Norbert	Digitalisierung der lokalen und regionalen öffentlichen Verwaltungen: Digitaler Wandel als Chance und Herausforderung
Der Landkreis	90. 2020, H. 3, S. 112	Struve, Tanja	AdR beschließt Position zur strategischen Vergabe und stärkt kommunale Handlungsfreiheit
Europa kommunal	44. 2020, H. 2, S. 30-31	Tzitzikostas, Apostolos	Europäischer Ausschuss der Regionen zu den Budgetverhandlungen: Europa braucht einen Haushalt für die Menschen
Kommunalpolitische Blätter	72. 2020, H. 3, S. 13-15	Verheyen, Sabine	Brexit: Was steht für die Kommunen auf dem Spiel?
Europa kommunal	45. 2020, H. 3, S. 36	Wolter, Andreas; Godbert, Antoine	Erklärung zum Europatag und Deutsch-Französischen Bürgerfonds: Garant für eine dauerhafte und solide Zukunft

VII. Partnerschaftsarbeit

Partnerschaftsgesuche

...aus Ghana: Oforikrom

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns ein Partnerschaftsgesuch der Kommune Oforikrom in Ghana. Die Stadt liegt ca. 270 Kilometer nördlich der Hauptstadt Accra, hat ca. 303.000 Einwohner und wurde im Jahr 2018 neu gegründet. Sie liegt in der Ashanti Region und erstreckt sich auf einer Fläche von etwa 5000 Hektar.

Oforikrom beherbergt die Studierenden der Kwame Nkrumah University of Science and Technology und ist dementsprechend studentisch geprägt. Der botanische Garten der Universität stellt eine besondere Sehenswürdigkeit dar. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jünger als 50 Jahre, die Bevölkerung wächst. Bürgermeisterin ist seit 2018 Gloria Temmah Gambrah. Trotz der Urbanisierung ist die Landwirtschaft weiter ein wichtiges Element der Region. Ein großer Teil der Bevölkerung ist den Aschanti zuzurechnen und deren Glauben, Feste und Traditionen wirken sich auf das tägliche Leben der Region aus, sind allerdings auch in ständigem Wandel begriffen.

Als neugegründete Gemeinde möchte die Region die damit einhergehenden Schwierigkeiten überwinden und Herausforderungen meistern. Insbesondere die Verbesserung der Stellung von Frauen ist der Gemeinde ein wichtiges Anliegen. Daher wünscht sich die Region im Rahmen einer kommunalen Partnerschaft inhaltliche, technische und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Ziele. Die Partnerkommune sollte ebenfalls städtisch geprägt sein und insbesondere im Bereich Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit bewandert sein. Thematisch liegt der Fokus dieses Partnerschaftsgesuchs

zusammengefasst auf gesellschaftlicher Gleichberechtigung, Bearbeitung sozialstruktureller Probleme und dem Ausbau der Infrastruktur auch in Hinblick auf durch den Klimawandel bedingte Veränderungen.

Die Servicestelle Kommunen in der einen Welt weist darauf hin, dass Partnerschaften zwischen Kommunen aus Nordrhein-Westfalen und Ghana derzeit durch ein neues SKEW-Projekt unterstützt werden können.

...aus Ghana: Upper Denkyira East

Der Upper Denkyira East Gemeindebezirk ist an einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Upper Denkyira East liegt in der Zentralregion im Süden Ghanas. Die vom Bergbau geprägte Hauptstadt ist Dunkwa-on-Offin. Upper Denkyira East hat eine Fläche von 1.020 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von etwa 100.000 Einwohnern.

Ein durchschnittlicher Haushalt besteht aus fünf Personen. Kinder machen mit 42,5 Prozent den größten Anteil der Haushaltsmitglieder aus. Von der erwerbstätigen Bevölkerung sind rund 72 Prozent als qualifizierte Land-, Forst- und Fischereimitarbeiter beschäftigt. Ca. 10 Prozent sind als Maschinisten und Monteure tätig, ca. 5 Prozent sind im Handwerk und dem damit verbundenen Handel beschäftigt. Insgesamt betätigen sich 60 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Etwa 81 Prozent der über 11-Jährigen können lesen und schreiben, dabei ist der Anteil der Männer größer als der der Frauen.

Von einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune erhofft sich Upper Denkyira East eine Zusammenarbeit zu den Themen Wohnungsbau, lokale Wirtschaftsentwicklung, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Ertragsmobilisierung und -verwaltung, Raumplanung, städtische Verwaltung, Klimawandel und Klimaschutz sowie zur wirtschaftlichen Stärkung von Jugendlichen und Frauen.

...aus Griechenland: Paranesti

Über die Deutsch-Griechische Versammlung erreichte uns ein Partnerschaftsgesuch der griechischen Gemeinde Paranesti.

Die Gemeinde Paranesti liegt in der Region Ostmakedonien-Thrakien im Nordosten Griechenlands und ist am Aufbau einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Der Ort hat eine Fläche von etwa 1038km² und ca. 3.900 Einwohner. Paranesti ist eine Berggemeinde. An den Hängen der Berge vereinigen sich mehrere Bäche zu eindrucksvollen Wasserfällen. Die Umgebung Paranestis zeichnet sich durch bedeutende Biotope und geschützte Naturlandschaften aus. In der Nähe liegt beispielsweise das Wildreservat von Prinolofos – Mavrokordato, welches sich über eine Fläche von ca. 39km² erstreckt.

Im Rahmen einer Partnerschaft wünscht sich Paranesti insbesondere eine Kooperation zu den Themen landwirtschaftliche Entwicklung und Tourismus. Konkret strebt die Gemeinde beispielsweise die Erstellung von Markennamen aller lokalen Hersteller an. Die Tourismus-Branche soll behutsam gestärkt werden – bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen und kulturellen Ressourcen sowie mit Respekt vor den Ansichten und Gewohnheiten der örtlichen Gemeinschaft. Ziel ist ein ganzheitlicher touristischer Ansatz, bei dem der vermittelten Erfahrung eine Hauptrolle zukommt und der Werte wie Authentizität, Tradition und Gastfreundschaft stärkt.

...aus Griechenland: Pangaio

Über die Deutsch-Griechische Versammlung erreichte uns ein Partnerschaftsgesuch der griechischen Kommune Pangaio.

Die Gemeinde Pangaio liegt in der Region Ostmakedonien-Thrakien im Nordosten Griechenlands und ist am Aufbau einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Der Ort hat ca. 32.000 Einwohner – im Sommer erhöht sich diese Zahl durch die große Zahl von Touristen jedoch erheblich.

Die Kommune liegt am Fuße des Pangaio-Gebirges, dessen höchste Erhebung mit 1956 Metern der „Mati“-Gipfel ist. Das Gebiet zeichnet sich durch eine große Biodiversität aus und gehört zu den geschützten Gebieten des Natura 2000-Netzwerks. Die Gebirgsregion lädt auf vielen Wanderwegen in der schönen Flora zum Wandern ein – beispielsweise über den internationalen Wanderweg E4. Weitere Attraktionen stellen die historische Ortschaft Eleftheroupolis und andere traditionelle Ortschaften dar. Auch die Klöster und Kirchen im Ortsgebiet Pangaio bieten sehenswerte Architektur, Bildhauerkunst und Ikonenmalerei.

Landwirtschaftlich ist die Region vom Weintraubenanbau geprägt – es werden sowohl Tafeltrauben als auch Trauben für die Weinproduktion angebaut. Auch der Olivenanbau und die Herstellung hochqualitativen Olivenöls sowie die Imkerei spielen eine große Rolle. Dank der reichhaltigen Flora kann hier erstklassiger Honig produziert.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit einer der oben genannten Kommunen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, bei Frau Mascha Gerwin (E-Mail Adresse: mascha.gerwin@staedtetaq.de, Telefon: 0221/3771-315).

VIII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges

Kommunalpolitischer Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2021

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ist Mitglied eines Konsortiums zur Vergabe des kommunalpolitischen Preises der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung, der jährlich herausragende Leistungen der kommunalen Verwaltung und Kommunalpolitik auszeichnet.

Der kommunalpolitische Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2021 steht unter dem Motto „Vorbildliche Maßnahmen zur Überwindung der Corona-bedingten Krise“ und will kommunale Kooperationsprojekte würdigen, die im Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie nachhaltige positive Auswirkungen erzielt haben. Folgende Gebiete stehen dabei im Vordergrund: Stärkung der Zivilgesellschaft und/oder des sozialen Zusammenhalts, Verbesserung der Daseinsvorsorge, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Stärkung der Wirtschaftskraft sowie die Förderung der europäischen und globalen Integration.

Das Gewinnerprojekt wird mit 2000 Euro gefördert; bei zwei oder mehreren gleichwertigen Bewerbungen kann das Preisgeld auch geteilt werden. Die Bewerbungsfrist endet am Samstag, **31. Oktober 2020**.

Mehr Informationen: https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/aktuelles/info_2020_ausschreibung_goerdeler_preis.pdf

„Barrierefreie Städte“: EU-Kommission startet neue Bewerbungsrunde

Die Europäische Kommission hat am 9. Juni 2020 den Wettbewerb für den 11. „Access City Award“ gestartet. Städte in der gesamten EU können sich ab sofort **bis zum 9. September** bewerben. Mit dem „Access City Award“ werden städtische Initiativen für Barrierefreiheit gewürdigt. Vor dem Hintergrund, dass es EU-weit etwa 120 Millionen Menschen mit Behinderung gibt und die Bevölkerung zudem immer älter wird, sollen Städte ausgezeichnet werden, die dafür sorgen, dass alle Einwohner – unabhängig von Alter oder Mobilität – den gleichen Zugang zu allen Ressourcen und Freizeitangeboten haben. Dieses Jahr wird eine besondere Rubrik „Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten einer Pandemie“ geschaffen, um die Initiativen der Städte in der Corona-Krise zu belohnen.

Bewerben können sich EU-Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern. Die Gewinner des ersten, zweiten und dritten Platzes werden mit Preisen in Höhe von 150.000, 120.000 und 80.000 Euro belohnt. Gleichstellungskommissarin Helena Dalli wird den Gewinner des ersten Preises Anfang Dezember 2020 bekanntgeben. Im vergangenen Jahr wurde der Preis an Warschau verliehen. In Deutschland wurden bisher Berlin (2013) und Wiesbaden (2016) mit dem „Access City Award“ ausgezeichnet.

Mehr Informationen: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1141&langId=de>

Europapreis 2020 des Landes Rheinland-Pfalz

Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, Heike Raab, ruft zur Teilnahme am rheinland-pfälzischen Europapreis 2020 auf. Gesucht werden Strategien zur Aufdeckung von Fake News oder zum Umgang mit dem wachsenden Populismus in Europa. Eingereicht werden können Theaterstücke, Filmbeiträge, Podcasts, Poetry Slams oder Collagen. Die Darstellungsform muss einzig im Rahmen der Siegerehrung entweder live aufgeführt oder präsentiert werden können. Prämiert werden Projekte von Schulen, Klassen, (Partnerschafts-)vereinen und außerschulischen Einrichtungen, die mit Unterstützung von Ehrenamtlichen getragen werden. Die ersten drei Preise sind mit 2.000, 1.000 und 500 Euro dotiert. Einsendeschluss ist am **30. Juni 2020**. (bb)

Mehr Informationen: <https://europa.rlp.de/de/europa-leben/europapreis/>

Verunglimpfen von EU-Symbolen in Deutschland künftig strafbar

Auf Initiative des Landes Sachsen hat der Bundesrat am 5. Juni 2020 einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zugestimmt, nach dem die willentliche Beschädigung oder Verunglimpfung von EU-Symbolen wie der Flagge oder der Europahymne, wie auch der Versuch, künftig strafbar ist. Laut Gesetzestext droht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Ausschlaggebend für den Vorschlag waren rechte Aufmärsche im Zusammenhang mit den Europa-Wahlen in Sachsen, bei denen EU-Flaggen zertrampelt und an einen Galgen gehängt wurden. Die Polizei konnte damals aufgrund der Strafbarkeitslücke nicht einschreiten. Nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten und Verkündung im Bundesgesetzblatt kann das Gesetz in Kraft treten.